

# Geisenheimer Zeitung

General-Anzeiger für den Rheingau.

Anzeigeblatt der Stadt Geisenheim.

Fernsprecher Nr. 123.

Fernsprecher Nr. 123.

Erscheint  
wöchentlich dreimal, Dienstag, Donnerstag und Samstag.  
Bezugspreis: 3 M 30 & vierteljährlich frei ins Haus  
oder durch die Post; in der Geschäftsstelle  
abgeholt vierteljährlich 3 M — &.



Anzeigenpreis.  
Der 6-gespaltene Pettzelle oder deren Raum für Geisenheim 15 &;  
außwärtiger Preis 20 &. Reklamezeile 50 &. Hierzu 25% Zuschlag.  
Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt nach Tarif.  
Nr. 2789a der Reichspost-Zeitungsliste.

Nr. 8.

Für die Schriftleitung verantwortlich:  
Arthur Jander in Geisenheim a. Rh.

Dienstag, den 20. Januar 1920.

Druck und Verlag von Arthur Jander  
in Geisenheim a. Rh.

20. Jahrg.

## Amtliche Bekanntmachungen.

Um den gegenwärtigen Pferdebestand in der von der französischen Armee besetzten Zone zu schonen und um Deutschland zu ermöglichen, die ihm auferlegten Verpflichtungen gegen Frankreich und Belgien zu erfüllen, hat der kommandierende General der französischen Rheinarmee folgendes bestimmt:

### Artikel I.

Jedweder Versand von Pferden außerhalb der von der französischen Rheinarmee besetzten Zone, ist strengstens untersagt.

### Artikel II.

Einzig und allein wird erlaubt sein der Versand nach Frankreich und Belgien, soweit die Dienststellen für Rückgabe von Vieh dies für die Wiederherstellung des Viehbestandes der verwüsteten Gebiete bestimmten.

### Artikel III.

Diejenigen, welche gegen diese Verordnung verstoßen, werden vor ein französisches Militärgericht gestellt werden.

### Artikel IV.

Vorstehende Verordnung wird mit dem 9. Januar 1920 in Kraft treten.

Hauptquartier, den 7. Januar 1920.

Der Kommandierende General der Rheinarmee.  
gez. Degoutte.

## Kaiser-Note der Entente.

Die Auslieferung von Holland verlangt.

Nach einer Pariser Meldung der amtlichen Havas-Agentur haben die Regierungschefs der Alliierten am Donnerstag den Vorkant der Note genehmigt, die im Namen des Obersten Rates an die holländische Regierung gerichtet wird, und die das Begehren auf Auslieferung des Kaisers Wilhelm II. enthält. Die Note, die wahrscheinlich am Sonntag übermittelt wird, bezieht sich auf Artikel 227 des Versailler Vertrages, der die Verurteilung des früheren Kaisers von Deutschland in den Anklagezustand vorstelt. Die Alliierten laden Holland ein, sich an der Erfüllung dieses Werkes der Gerechtigkeit zu beteiligen. Die Note ist in freundschaftlichem Tone gehalten.

Die Auslieferungsliste fertiggestellt.

Der Pariser Berichterstatter der „Times“ meldet, die Frage der deutschen Kriegsverbrecher sei jetzt endgültig geregelt. Man sei darauf bedacht gewesen, nur die Namen derjenigen Personen auf die Liste zu setzen, die so furchtbare Verbrechen schuldig seien, daß es jeder zivilisierten Nation unmöglich sei, ihnen Unterschlupf zu gewähren. Es würden Schritte unternommen um dem Verzeichnis der auszuliefernden Personen sowie den ihnen zur Last gelegten Verbrechen in Deutschland weitest Verbreitung zu sichern.

Die Alliierten hätten in den Listen peinlich nachgesehen, daß sie nicht Rache am Feinde suchten, sondern Gerechtigkeit gegen Verbrechern. Daher bestrebe nicht die geringste Absicht, die Auslieferung von Männern wie Hindenburg, Ludendorff oder anderen Generälen zu fordern, die den Krieg führten und sogar rücksichtslos führten, sondern nur diejenigen, die die erlaubten Grenzen überschritten hätten.

Die britische Liste enthalte natürlich eine Anzahl Personen, die zum Unterseebootkrieg in Beziehung ständen. Dergleichen werde die Auslieferung derjenigen gefordert, die ihren Mannschaften befohlen hätten, auf britische Matrosen zu feuern, die nach Torpedierung ihrer Schiffe im Wasser um ihr Leben kämpften. Auch der Fall des Kapitäns Fryatt werde eine Auslieferung zur Folge haben, und es sei wahrscheinlich, daß auch Tirpitz, dem aus schriftlichen Befehlen persönliche Verantwortung für die barbarische Führung des U-Boot-Krieges nachgewiesen sei, auf der Liste stehe. — Der Fall des Kaisers werde mit äußerster Strenge durchgeführt werden.

## Die neuen Diplomaten.

Die deutschen Vertreter im Ausland.

Zu deutschen Geschäftsträgern sind folgende Personen ernannt worden:

London: Senator Stamer (Hamburg);  
Paris: Reichsminister a. D. Mayer-Kauffmann.  
Brüssel: Reichsminister a. D. Landsberg.  
Madrid: Gesandter Dr. Rosen.

Wien: Gesandter von Rosenberg.  
Tokio: Staatssekretär a. D. Dr. Solz.  
Rom: Freiherr von Lucius.  
Prag: Professor Saenger.  
Haag: Oberst Renner.

In Stockholm wird der Gesandte von Lucius durch den Gesandten Radolny ersetzt. Der Gesandte Adolf Müller verbleibt auf seinem Posten in Bern. Wie das „Berliner Tageblatt“ erfährt, ist der Posten des Geschäftsträgers in Belgrad dem Mitglied des kaiserlichen Staatsministeriums und demokratischen Abgeordneten Dr. Ludwig Haas angeboten worden. Ludwig Haas, der in Berlin weilt, hat sich eine Bedenkzeit erbeten.

Die offizielle „Deutsche Allgem. Zeitung“ bemerkt zur Ernennung der neuen Diplomaten: „Es handelt sich, wie es dem Augenblick und übrigens auch den von der Entente getroffenen Verfügungen entspricht, nur um Geschäftsträger und nicht um voll ernannte Botschafter und Gesandte. Aber die Aufgabe, die die neuen Männer zu erfüllen haben werden, ist darum nicht weniger bedeutend. Es handelt sich für sie darum, für die politischen Interessen des Reiches und für die Wünsche des deutschen Volkes in schwierigster Lage bereite Anwälte zu sein. So kam es doppelt darauf an, Persönlichkeiten zu wählen, die sich durch eine lange Betätigung im öffentlichen Leben das Vertrauen der Heimat in vollem Maße erworben haben und deren persönliche Stellung und Gesinnung auch dem Auslande alle Bürgschaften bieten.“

## Der amerikanische Vertreter in Berlin.

Im Auftrage des Staatsdepartements der Vereinigten Staaten ist Sonnabend vormittag der Gesandte Drefel in Berlin eingetroffen, um die amerikanischen Interessen in Deutschland wahrzunehmen, bis der amerikanische Senat den Frieden mit Deutschland ratifiziert und damit die Möglichkeit gegeben haben wird, auch ferner die diplomatischen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland herzustellen. Gesandter Drefel war bis zum Kriegsausbruch bereits an der amerikanischen Botschaft in Berlin in besonderer Mission tätig. Nach dem Abschluß des Waffenstillstandes gehörte er zu dem engeren Stabe des Obersten House bei der amerikanischen Friedensmission in Paris.

## Clemenceau unterlegen.

Deschanel 408, Clemenceau 389 Stimmen.

— Paris, 16. Januar. (Havas.) Die Mitglieder des Senats und der Kammer traten heute zu einer Vollversammlung zusammen, um die Kandidatur für die Präsidentschaft zu bezeichnen. Das Ergebnis der Abstimmung ist folgendes: Deschanel 408, Clemenceau 389, Poincaré 16, Jounart 6, Leon Bourgeois 5 und Hoch 1. Clemenceau zog daraufhin seine Kandidatur für den Präsidentschaftsposten zurück.

Nach der Sitzung im Palais Luxemburg, in der Deschanel gegen Clemenceau zum Präsidenten kandidiert wurde, begab sich die Mehrzahl der Minister zu Clemenceau, um ihn zu bitten, seine Kandidatur aufrecht zu erhalten. Clemenceau erklärte, daß er auf keinen Fall seine Einwilligung gebe und dies Leon Bourgeois, dem Präsidenten der Nationalversammlung, brieflich mitteilen werde.



Paul Deschanel

## Der Rheinlandprotest.

Eine deutsche Note gegen die Rheinland-„Ordonnanz“.

Der Reichsminister des Auswärtigen hat den Freiherrn von Versner in Paris beauftragt, den Vertretern der alliierten und assoziierten Mächte eine Note über die von der Interalliierten Rheinland-Kommission erlassenen neuen Verordnungen, die sogenannten „Ordonnanz“, zu überreichen. Diese ist inzwischen von Freiherrn von Versner in Paris überreicht worden.

In der Note wird u. a. darauf hingewiesen, daß nach den Bestimmungen des Friedensvertrages und des Rheinlandabkommens die Besetzung der linksrheinischen Gebiete nur den Zweck habe, die Ausführungen des Friedensvertrages durch Deutschland sicherzustellen. Die Verordnungsentwürfe der Rheinland-Kommission verstoßen diese klare Rechtslage vollkommen, indem diese Befugnisse beanspruchen, die ihr im Gegensatz zu den vertraglichen Vereinbarungen wesentliche Teile der Staatshoheit übertragen. So setze das Rheinlandabkommen fest, daß die Zivilverwaltung in den besetzten Gebieten nach der deutschen Gesetzgebung und unter Leitung der deutschen Zentralregierung fortbestehen solle, während nach den Verordnungsentwürfen der Kommission die Geltung deutscher Gesetze ausnahmslos von der vorherigen Prüfung durch die Rheinlandkommission abhängig gemacht werde. Nirgends setze das Rheinlandabkommen ein Recht der Rheinlandkommission vor, Ausweisungen irgendwelcher Art zu verfügen, noch auch Einschränkungen des Post-, Telegraphen- oder Telephonverkehrs, der Press- und Versammlungsfreiheit und des Rechtes des Arbeiters, durch Streiks seine wirtschaftliche Lage zu verbessern. Unvereinbar mit den im Rheinlandabkommen gegebenen Zusicherungen, daß die Zivilverwaltung bei den deutschen Behörden verbleiben solle, sei die beabsichtigte Bestellung von Kreisbevollmächtigten der Rheinlandkommission mit weitestgehenden Verwaltungs- und Aufsichtsbeugnissen. Entgegen dem Rheinlandabkommen, das alle besetzten rheinischen Gebiete gleichmäßig behandle, würden ferner durch die Rheinlandkommission Sonderbestimmungen über die Verwaltung des Bräutensopfes Kehl getroffen.

Die deutsche Regierung erhebt feierliche Verwahrung

gegen die geplanten Verordnungen und bittet um Berücksichtigung der deutscherseits geltend gemachten Gesichtspunkte. Weiter schlägt sie zu diesem Zweck mündliche Verhandlungen zwischen Bevollmächtigten der beteiligten Regierungen vor. Der Note ist eine eingehende Denkschrift über die Verordnungsentwürfe der interalliierten Rheinlandkommission beigefügt.

## Die Ernährungsfrage.

Stand der Aussichten der Brotgetreideversorgung.

Die Lage der Brotgetreideversorgung im gegenwärtigen Augenblick ist keine befriedigende. Gleichwohl wäre es nach Ansicht des Reichswirtschaftsministers falsch, von einer binnen kurzem bevorstehenden Katastrophe, d. h. von einem Zusammenbruch der Brotversorgung, zu sprechen.

Noch kein Jahr seit Einführung der öffentlichen Getreidewirtschaft ist ohne Krisen vorübergegangen. Ja die Krisen haben sich mehr oder weniger in jedem Jahre annähernd zur selben Zeit eingestellt, und so hat auch die Reichsgetreidekasse vorausgesehen, daß die Versorgungslage Ende Dezember—Anfang Januar sich kritisch gestalten würde. Solche Krisen waren fast regelmäßig zu verzeichnen, einmal zur Zeit des Lieberganges von der alten zur neuen Ernte, zweitens nach der Herbstbestellung und drittens nach der Frühjahrbestellung.

Im laufenden Wirtschaftsjahr gestaltete sich die Krise zum erstgenannten Zeitpunkt besonders bedrohlich, weil die auf den Frühdrusch gesetzten Hoffnungen enttäuscht, sowohl wegen der eingetretenen starken Verspätung der Körnerernte, als auch wegen des Fehlens von Frühdruschprämien, deren Gewährung in diesem Jahre der zuständige Ausschuß der Nationalversammlung abgelehnt hatte. Durch die nachträgliche Einführung besonderer Lieferungszuschläge vom 1. September bis zum 15. Oktober v. J. gelang es aber dann doch noch, ohne allzu große Störungen die gefährliche Situation zu überwinden.

Trotz aller ungünstigen Voraussagen taten die Lieferungszuschläge ihre volle Wirkung. Während der Dauer ihrer Gewährung stiegen die täglichen Ablieferungen stark, und die Gesamtablieferungen gingen we-

entlich über die während der gleichen Zeit des Vorjahres abgelieferten Mengen hinaus. Der Zeitraum, während dessen die Lieferungsüberschüsse bezahlt wurden, reichen aber nicht aus, um bis zum Einsetzen der Kartoffelernte so erhebliche Vorräte anzuhäufen, daß sie genügt hätten, die Brotversorgung auf mehrere Monate sicherzustellen. Eine Weiterzahlung der Lieferungsüberschüsse noch über den 15. Oktober hinaus war andererseits nicht angängig, weil spätestens von diesem Zeitpunkt ab das verfügbare knappe Eisenbahnmateriale in erster Linie für den Kartoffeltransport zur Winterbedeckung der Bedarfskommunalverbände zur Verfügung gestellt werden mußte.

Es konnte jedoch damit gerechnet werden, daß nach Abschluß der Kartoffel- und Rübenerte sowie nach Beendigung der Winterbestellung die Anlieferungen an Getreide gleichwie in den Vorjahren in der zweiten Hälfte des Dezember wieder in verstärktem Maße einsetzen würden. Daß dies nicht der Fall war, hat verschiedene Ursachen. Abgesehen von den Schwierigkeiten der Drückkohlenbeschaffung verzögerte die außergewöhnlich ungünstige Witterung die Einbringung der Getreidernte und die Herbstbestellungsarbeiten in ganz ungewöhnlichem Maße und verzögerte damit den Getreideandrang für viel längere Zeit als in den früheren Jahren. Infolgedessen der vorzeitigen Eintritts und des längeren Andauerns von verhältnismäßig starkem Frost konnten erhebliche Mengen an Kartoffeln und Zuckerrüben nicht rechtzeitig geerntet werden, sondern blieben im Boden.

Die Landwirtschaft benutzte daher natürlicherweise jeden Tag offenen Wetters zu dem Versuch, von den auf dem Felde verbliebenen Kartoffel- und Rübenwurzeln noch zu retten, was sie retten konnte, um diese Mengen wenigstens noch als Viehfutter zu verwerten zu können.

Ferner ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die über Erwartungen schwachen Ablieferungen auch noch im letzten Drittel des Dezember und bis zum jetzigen Zeitpunkt mindestens teilweise darauf zurückzuführen sind, daß die Landwirtschaft erst abwarten wollte, welchen Ausgang die Preisbewegung, insbesondere die mit ihr schon seit längerer Zeit geführten Verhandlungen wegen Gewährung besonderer Ablieferungsprämien haben würden. Wenn die inwischen erfolgte Einführung solcher Prämien bis heute noch keine sichtbare Einwirkung auf die Gestaltung der Ablieferungen gezeitigt hat, so liegt das daran, daß auf den Erlaß der maßgebenden Bestimmungen vom 18. Dezember und ihrer Ausführungsbestimmungen unmittelbar Weihnachten und Neujahr folgten, also eine Zeitspanne, in der namentlich in diesem Jahre wenig gearbeitet und gedroschen wurde.

Ob und in welchem Umfang die eingeführten Ablieferungsprämien den auf sie gesetzten Hoffnungen entsprechen werden, das wird sich mit einiger Sicherheit erst nach zwei bis drei Wochen beurteilen lassen; zumal auch sonst die Monate Januar und Februar bis zum Einsetzen der Frühjahrseinstellung arbeiten regelmäßig die besten Lieferungsmonate gewesen sind.

Es wäre also verfrüht, die augenblickliche Knappheit an Beständen der Reichsgetreidekasse als einen Dauerzustand bezu. als das Ende der geordneten Brotversorgung zu bezeichnen. Eine solche Auffassung erscheint um so weniger gerechtfertigt, als die diesjährige Getreideernte zweifellos nicht ungünstig und jedenfalls besser ausgefallen ist, als die des Vorjahres. Die Reichsgetreidekasse nimmt nach allen ihr vorliegenden Nachrichten an, daß etwa noch die halbe Ernte im Lande ist. Damit würde auch übereinstimmen, daß sie selbst von den von ihr insgesamt zur Lieferung ausgeschriebenen 2,2 Millionen Tonnen an Brotgetreide bisher rund 1,2 Millionen Tonnen erhält hat.

Es sind also ohne jeden Zweifel noch erhebliche inländische Getreidevorräte vorhanden, es kommt nur darauf an, sie auch für die öffentliche Hand zu erfassen. Ob die Ablieferungsprämien sich als das richtige Mittel hierzu erweisen werden, müssen die nächsten Wochen lehren. Im schlimmsten Falle müßte an zuständiger Stelle eine Wiederheraussetzung des Ausnahmefalles und eine Herabsetzung der Tagesration in Erwägung gezogen werden.

Daneben muß selbstverständlich die rechtzeitige Einführung von Auslandsgetreide im Auge behalten werden. Sie schon im Augenblick aber besonders nachdrücklich zu betreiben, würde nach Ansicht der Regierung, abgesehen von den bei dem jetzigen schlechten Valutastand fast unerschwinglichen Preisen, ein Fehler sein, da das Hereinbringen größerer Mengen von teurem Auslandsgetreide zu einer Zeit, wo die heimische Landwirtschaft noch erhebliche Mengen abgeben kann, sicherlich auf die Ablieferungsleistung der Landwirtschaft außerordentlich ungünstig einwirken würde. Nach alledem sehen die Behörden im gegenwärtigen Augenblick keinen stichhaltigen Grund zu einer pessimistischen Auffassung.

## Die Sechsstundenschicht im Kohlenbergbau.

Verhängnisvolle Wirkungen für die Befriedigung der Industrie.

Für die Beurteilung der Frage, ob die Einführung der jetzt von den durch kommunistische Agitatoren aufgehetzten Bergarbeiter angestrebten Sechsstundenschicht möglich ist, ist nach Ansicht der zuständigen Stellen entscheidend, welche Mengen für die Versorgung der deutschen Industrie übrig bleiben und ob die im Friedensvertrag für die Entente stipulierten Zwangslieferungen noch durchführbar bleiben, wenn die Arbeitszeit von sieben auf sechs Stunden täglich herabgesetzt wird.

Nach dem Durchschnitt der Monate September, Oktober und November hatte Deutschland eine monatliche Steinkohlenförderung von ungefähr 10½ Millionen Tonnen. Eine Verkürzung der Arbeitszeit würde den theoretischen Ausfall von rund 1½ Millionen Tonnen bei der Steinkohle herbeiführen. Da die deutsche Industrie im Monat ungefähr drei Millionen Tonnen Kohle erhält, würde die Einführung der Sechsstundenschicht im Bergbau die Herabsetzung des ohnehin sehr bemessenen Industriekontingents — die Industrie erhält im Durchschnitt etwa 25 Prozent ihres Bedarfs — um die Hälfte bedeu-

ten. Weiter ist zu bedenken, daß im November die Entente ungefähr 750 000 Tonnen Kohle als Vorratslieferung erhalten hat. Ihr Anspruch beträgt aber 1,7 Millionen Tonnen. Da von dieser letztgenannten Zahl die Vorauslieferung abzuziehen ist, so verbliebe noch immer ein Quantum von 950 000 Tonnen zu bedenken. Rechnet man auch dieses Quantum von der Industrie verbleibenden Kohlenmenge ab, so ergibt sich, daß auf die Industrie nur ungefähr etwa 670 000 Tonnen Kohlen im Monat oder ein Zehntel ihres Bedarfes entfallen würde.

## Politische Rundschau.

— Berlin, den 17. Januar 1920.

Bei der Beratung des Körperschafts-Steuergesetzes stellte sich die Mehrheit des Reichsrates in der Frage der Behandlung der Gesellschaften mit beschränkter Haftung in scharfem Gegensatz zum Reichsfinanzminister Erzberger.

Der bayerische Justizminister hat die Richter, Staatsanwälte und Rechtsanwälte ganz Bayerns für den 22. Januar zu einer Konferenz über die Änderung des Gesellschafts- und des Erbschafts- und ein Gesetz über den Rechtsgang in Erbsachen eingeladen.

Marshall Koch wurde zum Vorsitzenden der militärischen Kommissionen, die auf Grund des Friedensvertrages zur Ueberwachung Deutschlands gebildet sind, ernannt.

Der „Reichsbote“ in Berlin veranstaltet auch in diesem Jahre eine Guldigungsfestung zum Geburtstag Kaiser Wilhelms.

Die schweizerische Gesandtschaft in Berlin hat die Vertretung der fürstlich Liechtensteinischen Angelegenheiten innerhalb ihres Amtsbereichs übernommen.

Die „Leipziger Volkszeitung“, das Hauptorgan der Unabhängigen in Sachsen, ist auf Grund des Ausnahmezustandes verboten worden.

Das Betriebsrätegesetz angenommen. Die Nationalversammlung beendete Freitagabend nach mehr als 13 stündiger Sitzung gegen 11 Uhr nachts die zweite Lesung des Betriebsrätegesetzes. Die einzelnen Paragraphen wurden im wesentlichen nach den Beschlüssen des Ausschusses gegen die Stimmen der Rechten und der Unabhängigen angenommen. Die dritte Lesung des Betriebsrätegesetzes konnte wegen des Widerspruchs der Unabhängigen nicht am Sonntagabend stattfinden. Es mußte daher eine besondere Sitzung am Sonntag, mittags 12 Uhr, anberaumt werden.

Die Besetzung des Reichsfinanzministeriums. Wie die „Deutsche Allg. Ztg.“ aus parlamentarischen Kreisen hört, ist dem demokratischen Abgeordneten Dr. Ing. h. c. Wieland, dem durch den Rücktritt des Ministers Dr. Mayer-Kaufmann freigebliebene Posten des Reichsfinanzministers angeboten worden. Herr Wieland hat sich noch Bedenkzeit ausgedehnt, doch nehmen seine Parteifreunde an, daß er den Posten annehmen wird. — Dr. Ing. Philipp Wieland besitzt in Ulm eine Metallwarenfabrik. Er gilt als ein hervorragender Techniker, der schon seit längerer Zeit im württembergischen parlamentarischen Leben als Mitglied des früheren Landtages und der jetzigen Landesversammlung eine Rolle spielt. Er ist der Führer der sogenannten „technischen Gruppe“ in der Nationalversammlung, die gebildet wurde, um auf interfraktioneller Grundlage wirtschaftlich-technische Fragen zu beraten. Wieland war früher Mitglied der national-liberalen Partei, schloß sich aber nach der Revolution bei der Parteibildung den Demokraten an. Er steht im 57. Lebensjahre.

Der Generalregierungs-Kommissar für Preußen. Gemäß § 2 der Verordnung des Reichspräsidenten betreffend die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Reichsgebiet nötigen Maßnahmen ist für das preussische Gebiet der preussische Minister des Innern Heine zum Generalregierungs-Kommissar ernannt worden. — Gegen die Bestellung des preussischen Oberpräsidenten Dr. Schwander in Kassel zum Regierungs-Kommissar auch für Hessen während des derzeitigen Belagerungszustandes hat die heffische Regierung beim Reichspräsidenten und beim Reichskanzler telegraphisch schärfste Verwahrung eingelegt und die Ernennung eines besonderen heffischen Kommissars beantragt.

Die Festlegung der Grenzen des Saargebietes. In der ersten Sitzung des Völkerbundes in Paris wurden auf Veranlassung des Vorsitzenden Leon Bourgeois drei Mitglieder der Kommission ernannt, die mit der Festlegung der Grenzen des Saargebietes betraut ist. Es sind dies der englische Oberst White, der belgische Major Lambert und der japanische Major Kobayashi. Das vierte und fünfte Mitglied der Kommission werden durch Deutschland ernannt. Die nächste Sitzung des Völkerbundes wird in London abgehalten.

## Rundschau im Auslande.

Oesterreich: Einstellung des Personenverkehrs.

Da durch den Eisenbahn- und Kohlenarbeiterstreik in Oberschlesien und im Ostrauer Revier nunmehr eine vollkommene Behinderung im Kohleneinlaufe eingetreten ist und die Ergebnisse der Prager Verhandlungen erst in einigen Tagen sichtbar werden können, erfolgt eine Einstellung des gesamten Personen- und Paketverkehrs auf den österreichischen Eisenbahnen für die Zeit vom 19. bis einschließlich 25. Januar unter denselben Bedingungen wie in der Weihnachtswoche des Vorjahres.

Frankreich: Die Aufnahme des Handels zwischen Rußland.

Die Lage im mittleren Osten infolge der Erfolge der bolschewistischen Streitkräfte bildet gegenwärtig den Gegenstand sehr be sorgter Beratungen der alliierten Staatsmänner in Paris. Wahrscheinlich wird eine vollständige Abänderung der bisher von den Alliierten gegenüber Rußland befolgten Politik beschlossen. Als erstes Zeichen der neuen Politik der Entente muß der Beschluß des Obersten Rates über die Wiederaufnahme des Handels mit Rußland bezeichnet werden. Um zur Beseitigung der furchtbaren Lage, in der sich die Bevölkerung des inneren Rußlands, die von jeder Zufuhr ausländischer Manufakturwaren abgeschnitten ist, befindet, beizutragen, hat der Oberste Rat nach Anhörung des Reiches der Kommission, die mit dem Studium der Wiederaufnahme gewisser Handelsbeziehungen mit dem russischen Volke beschäftigt ist, beschlossen, den Austausch von Waren auf Grundlage der Gegenseitigkeit zwischen dem russischen Volke und den all-

lierten und neutralen Ländern zu gestatten. An diesem Zwecke hat der Oberste Rat beschlossen, den russischen Konsumorganisationen, die in direkter Verbindung mit der Landwirtschaft in ganz Rußland stehen, die nötigen Erleichterungen zu gewähren, um die Einfuhr von Kleidern, Medikamenten, landwirtschaftlichen Maschinen und Bedarfsgegenständen des täglichen Lebens zu ermöglichen. Diese Waren sollen Rußland im Austausch gegen Getreide, Leinen und andere Produkte der russischen Exportwaren geliefert werden. Im übrigen haben die Alliierten auf Vorschlag Clemenceaus die Vereinbarung getroffen, in der sie sich verpflichten, daß sie nur gemeinschaftlich mit Rußland Frieden schließen dürfen, sowie, daß dieser Friedensschluß durch den Rat der Alliierten gutgeheißen sei.

## Locales und Provinzielles.

KA Geisenheim, 20. Jan. Auf die in den amtlichen Blättern erschienenen Bekanntmachungen des Reichsministers in Berlin und des Herrn Regierungspräsidenten in Wiesbaden betreffend die Anforderung und Ablieferung von Zieren (Bieren, Rindvieh, Schafen und Ziegen) zur Erfüllung des Friedensvertrages wird aufmerksam gemacht.

Geisenheim, 20. Jan. In der vergangenen Nacht haben Einbrecher der hiesigen Güterabfertigungsstation einen Fenster abgeflatt. Der oder die Täter zertrümmerten ein Fenster und drangen in den Büroraum ein. Ihre Hauptbemühungen galten dem dort stehenden Kassenschrant, dem sie mit Stemmeisen und Feuer zu Leibe gingen, jedoch ohne Erfolg. Weiter wurde ein Kasten erbrochen, in welchem sie scheinbar Wertgegenstände vermuteten. Aber ohne jede Beute sind die Einbrecher wieder abgezogen, nachdem sie noch das Lokal verunreinigten. Hoffentlich werden die Täter durch die sofort eingeleitete Untersuchung ermittelt.

Geisenheim, 20. Jan. Dem am kommenden Donnerstag abends 8 Uhr im „Deutschen Haus“ auf Veranstaltung der Bürgergesellschaft stattfindenden Operetten-Abend Wiesbadener Künstler wird ein außerordentliches Interesse in unserer Bevölkerung entgegengebracht. Aber auch mit Recht. Die Namen der mitwirkenden Künstlerinnen und Künstler als auch das sorgfältig ausgewählte Programm lassen einen hier wohl noch selten gebotenen Kunstgenuss erwarten. Eintrittskarten sind noch in den bekannten Vorverkaufsstellen zu haben.

Geisenheim, 20. Jan. Kaufmann, Verein Mittel-Rheingau. Der zweite Steuervortrag des Herrn Justizrat Dr. Fuld-Mainz findet nicht am 23. Januar, sondern erst am 31. Januar statt. Die diesjährige Generalversammlung des Vereines ist auf den 27. Januar, abends 7 Uhr, in das Hotel zur Linde in Geisenheim einberufen worden.

Geisenheim, 20. Jan. Das Kirchenkonzert der ev. Frauenhilfe am vergangenen Samstag hat gewiß alle, die ein wirkliches Verständnis für ernste Musik besitzen, aufs höchste befriedigt. Das war Musik, wie wir sie in unserer Zeit brauchen, Musik, die innerlich stärkt und erhebt. Das Konzert wurde würdig eingeleitet durch ein Präludium, Feststück von Schlichting, gespielt durch den Organisten, Herrn Lehrer Häuser, der durch verständnisvollen Vortrag des wichtigsten Tonstücks zeigte, daß er mit seiner Orgel aufs beste vertraut ist. Dann folgten Werke von Händel und Bach, den großen Meistern deutscher Kirchenmusik. Wenn Händel uns gefangen nimmt durch die leichte, plastische schöne Form, so ist Bach dafür unmittelbarer und tiefer. Das zeigte sich auch bei der Aufeinanderfolge der Sonate von Händel und dem Violinkonzert von Bach, die die beiden Violinvirtuosen Herr Groell und Herr Baum vortrugen. Herr Groell erwies sich als ein Geigenkünstler ersten Ranges, der sowohl durch seine aus der Tiefe schöpfende Gestaltungs-kraft, wie durch den edlen Strich und die glänzende durchgebildete Technik ganz hervorragendes leistet. Sein Schüler, Herr Baum, der durch seine feine Auffassungsgabe und sein gewandtes Spiel Staunen erregt, ist ein noch sehr jugendlicher Künstler, der zu den schönsten Hoffnungen berechtigt. Bewundernswert war das Zusammenspiel der beiden Geigen, die klangen und sangen wie aus einer höheren Welt herniedertönend. Man spürte, wie der Meister, Herr Groell, seinen Schüler, Herrn Baum, in das Verständnis der tiefen Gedanken der gewaltigen Tonwerke eingeführt hatte und nun beide aus dem gleichen Geist heraus, der sich liebevoll in die herrlichen Tonstücke versenkt, deren reichen Gehalt wiederklängen ließen. Wundervoll war es, wie in dem Bach'schen Konzert das Spiel der beiden Geigen die in einander überfließenden Harmonien hervorgerufen ließ. In der Arie aus dem Violinkonzert von Goldmark, das er mit tiefem Ausdruck und feinsten technischer Vollendung vortrug, kam dann das wahrhaft künstlerische Spiel des Herrn Groell und seine prachtvolle Stradivariageige noch einmal voll zur Geltung. Neben die Instrumentalmusik war die Vokalmusik, vertreten durch Frau Geheimrat Duisberg. Diese Sängerin verfügt über eine umfangreiche und sehr wohlklingende Sopranstimme, die durch ihre Fülle gerade für einen Raum, wie die Kirche, ganz besonders geeignet ist. Deutliche Aussprache und seelenvoller Vortrag sind die Merkmale, die ihren Gesang in hervorragendem Maße auszeichnen. Ergreifend war die Arie aus dem Paulus von Mendelssohn: Jerusalem, die du tötest die Propheten und vielleicht am schönsten das: Komm, Herr Jesu von Bach, dessen innige, stehende Melodie die Herzen ergriff. Ein besonderes Verdienst um das Gelingen des Konzerts erwarb sich Herr Wemheuer vom Nass. Landestheater Wiesbaden, der für den verhinderten Herrn Kapellmeister Selter eingetreten war und in dessen Hand die Begleitung sämtlicher Stücke auf der Orgel lag. Gerade die Begleitung auf der Orgel ist infolge der Eigenart dieses Instruments keine leichte Sache. Herr Wemheuer verstand es aber, sich in mustergheltiger Weise den anderen Künstlern anzupassen und durch die Art seiner Begleitung sowohl das Geigenpiel wie den Gesang noch zu heben. In seinem Schlussvortrag war ihm denn auch Gelegenheit gegeben zu zeigen, in welcher meisterhafter Weise er dies königliche Instrument beherrscht.

B Geisenheim, 20. Jan. Der Vortrag des Herrn Justizrat Dr. Fuld Mainz, der auf Veranlassung des Kaufm. Vereines Mittel-Rheingaus im Försaal der Preuß.

dielem  
Kon-  
Land-  
leichte-  
Nied-  
gegen-  
Baren  
A e l-  
en ge-  
er sie  
sthand  
schluß

llichen  
nisters  
Wies-  
von  
Er-  
macht.  
Nach  
einen  
ein  
hau-  
t-  
ohne  
em sie  
Beute  
das  
durch

enden  
Beran-  
Abend  
teresse  
mit  
und  
ramm  
h er-  
Bor-

Mittel-  
lrat  
erft  
lung  
das

er ev-  
die  
aufs  
surer  
Das  
um,  
isten,  
trag  
Orgel  
ndel  
unfif.  
ische  
iefer.  
onate

iden  
ngen.  
iges,  
ngs-  
urch-  
aler,  
sein  
end-  
tigt.  
igen,  
her-  
roell,  
iefen  
und  
evoll  
halt  
dem  
ein-  
der  
tief  
wor-  
ern  
mal  
die  
erg.  
sehr  
rade  
gnet  
die  
us-  
won  
und  
ach,  
be-  
arb  
den,  
ge-  
cher  
der  
eine  
in  
und  
wie  
ar  
elch  
cht.  
rn  
des  
uf.

Lehranstalt für Obst- und Weinbau in Weisenheim, am vergangenen Donnerstag stattfand, und als zeitgemäßes Thema der Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs behandelt, war aus allen Orten des Rheingebietes sehr gut besucht. Der Vortragende der als Autorität in der Kenntnis der Steuergeetze anzusehen ist, gestaltete seine Ausführungen durchaus gemeinverständlich und es ist anzunehmen, daß dieser Vortrag seinen Zweck, Aufklärung über dieses in Frage stehende Gesetz zu bringen, vollkommen erreicht hat. Bekanntlich ist bereits im Jahre 1916 ein Gesetz über die Kriegsabgabe im Vermögenszuwachs erlassen worden und das neuere vom Jahre 1919 ist gewissermaßen eine Ergänzung des ersteren. Bei der Deklaration zum neuen Gesetz wird auf das erste Kriegsjahr und zwar 1. 1. 1914 zurückgegriffen, endigend mit 30. Juni 1919, es werden also für die Feststellung des Vermögenszuwachs 6 Jahre zusammengefaßt. Die schon bezahlte Steuer von 1916 wird bei der Festsetzung des Gesamtsteuerbetrags in Abzug gebracht. Das Gesetz gilt nur für physische Personen, also für Privatpersonen. Ausgesprochenen Luxusgegenständen, wie Gold und Juwelen, die einen Einzelwert von M. 500 übersteigen, zählen als Vermögenszuwachs, auch sonstige Anschaffungen von Kunstgegenständen die zusammen einen Wert von M. 10 000 umfassen, sind als Vermögenszuwachs anzusehen. Hausratsanschaffungen die einen hohen künstlerischen Wert darstellen, können unter Umständen auch als Vermögenszuwachs angesehen werden, es kommt hier aber die Bedarfsfrage in Betracht. Für den Weinbergbesitzer ist es wichtig, zu wissen daß er für den schlechteren Zustand seiner Weinberge den solche im Kriege durch unzureichende Düngung und Pflege erlitten haben, einen entsprechenden Betrag absetzen darf. In dieser Beziehung sind übrigens auch die Weinbauverbände schon bei der Regierung vorstellig geworden. Ein noch nicht erlittener Schaden kann vom Vermögenszuwachs nicht abgesetzt werden. Für Wertpapiere wird der Kurs noch festgesetzt. Fremde bzw. ausländische Papiere werden zum normalen Friedenskurs umgerechnet. Die Steuer ist prozentual abgesetzt bis auf den Betrag von M. 167 000 von da an läuft sie mit volle abzuführende Beträge weiter. Die Zahlung kann mit Kriegsanleihe geleistet werden dabei werden selbstgezeichnete Anleihen mit M. 100 später erworben zu einem noch festzusetzenden Kurse gerechnet. Die Steuerzahlung kann gestundet werden auf eine Dauer von zunächst 18 Monaten dann aber auch weiter auf 6, 10 und 20 Jahre allerdings gegen eine Vergütung von 5% Zinsen. Zu bemerken ist noch, daß der Versuch, durch Schenkungen an Kinder oder Verwandte den Vermögenszuwachs zu verringern, als illusorisch betrachtet werden muß, denn der Geschenkgeber muß diese Zuweisungen als Vermögenszuwachs aufgeben und auch versteuern während der Beschenke davon frei ist. Wer aber eine größere Summe Geld von seinen Eltern zugewiesen erhielt, braucht dieselbe seinen Vermögenszuwachs nicht zuzurechnen. Im Voraus geleistete Zahlungen auf noch zu erwartenden Besitz dürfen nicht vom Vermögenszuwachs abgesetzt werden. Dies sind einzelne Punkte über den Inhalt des Vortrages. Es steht zu erwarten, daß die noch folgenden Vorträge ebenso gut besucht werden, wie der in Rede stehende besucht worden ist. Der nächste Vortrag über Kriegsteuer vom Mehr-Einkommen findet am 31. ds. Mts. statt.

**Gibingen, 15. Jan.** Gestern abend neun Uhr ist an dem Wohnhause der Frau Wiegner Wwe. die nördliche Giebelwand eingestürzt. Glücklicherweise war zu der späten Stunde niemand auf der Straße, wo sich tagsüber häufig spielende Kinder aufhalten.

**Elville, 15. Jan.** Einen schrecklichen Tod fand das fünf Jahre alte Kind der Eheleute Wüst dahier. Während der Vater auf der Arbeitsstelle weilte, war die Mutter zur Versorgung eines Geschäftsganges fortgegangen und hatte ihre beiden Kinder im Alter von fünf und drei Jahren im Zimmer eingeschlossen. Das ältere Kind spielte wohl mit dem Feuer am Ofen, wobei seine Kleider in Brand gerieten. Niemand hörte das Jammern der beiden eingeschlossenen Kleinen. Als die Mutter zurückkehrte, fand sie das Kind mit entsetzlichen Brandwunden bedeckt bewußtlos auf dem Boden liegend vor. Das arme Wärmchen starb nach einigen Stunden im Krankenhause. Der Fall zeigt, wie gefährlich es ist, kleine Kinder in ein Zimmer einzuschließen, in dem ein Feuer brennt.

**Aus dem Rheingau, 17. Jan.** Die Wiederwahl der Herren Ludwig Augstein, Lorchhausen, Martin Mayer, Oberwalluf, Ludwig Scholl, Presberg, als Bürgermeister der betreffenden Gemeinden hat der Landrat bestätigt.

**Vom Rhein, 17. Jan.** Der Wasserstand des Rheines geht langsam zurück. Nachdem er gestern mit 6.00 Meter seinen Höchststand erreicht hatte, war er heute früh am Binger Pegel schon auf 5.95 Meter und um 12 Uhr auf 5.89 Meter gefallen. Der hiesige Bahnhof ist bis auf weiteres für den Personenverkehr gesperrt. Die Bäche in der Richtung nach Mainz werden über Bingerbrück-Kreuznach-Baualgesheim geleitet. Auch die Nahe fällt langsam weiter. Die helle Witterung ist für den Rückgang sehr günstig.

**Wiesbaden, 19. Jan.** Die Rhein. Volksztg. schreibt: „Den in den letzten Tagen erfolgten aufsehenerregenden Verhaftungen mehrerer Wiesbadener Polizeibeamten liegt folgender Sachverhalt zugrunde: Vor einiger Zeit ließ der Wiesbadener Polizeidirektor Dr. Thon durch Geheimagenten Leute ausfindig machen, die gewillt waren, gegen gute Belohnung auf Dr. Dorten und seine Mitarbeiter ein Attentat auszuüben. Er ließ einen bekannten Wiesbadener Kommunisten, der ihm als geeignet und willig bezeichnet wurde, zu sich kommen und teilte ihm mit, daß er von der Berliner Regierung den Auftrag erhalten habe, Dr. Dorten und seine Mitarbeiter aus dem Wege zu schaffen. Die Regierung habe für den Täter eine Belohnung von einer Million Mark ausgesetzt. Als der Kommunist sich einverstanden erklärte, ließ die Polizeidirektion ihm Revolver und Gift ausändigen und sicherte ihm zu, daß, falls Dr. Dorten durch ihn tatsächlich beseitigt würde, für seine Straflosigkeit

gesorgt sei; er werde sofort nach der Tat ins unbefestete Gebiet geschafft und in Berlin eine Million Mark in bar erhalten. Der Kommunist, dem bereits erhebliche Geldsummen ausgezahlt waren, schrieb an den Polizeidirektor Dr. Thon einen Brief, aus dem dieser Tatbestand hervorging. Dieser Brief fiel in die Hände der französischen Kriminalpolizei. Die sofort angestellten Ermittlungen ergaben außerordentliches Material; der Schriftwechsel, die Waffen und das Gift sind in den Händen der Kriminalpolizei. Unter der Wucht der überwältigenden Beweise gestand einer der beteiligten Polizeibeamten, Polizeikommissar S., die Tat in vollem Umfange ein und gab an, daß man auf höheren Befehl gehandelt habe. Der Name des preußischen Ministers, der den Auftrag erteilte, ist gleichfalls bekannt. Es ist einwandfrei festgestellt, daß die preußische Staatsregierung den Versuch unternommen hat, Dr. Dorten und seine Mitarbeiter ermorden zu lassen! Soweit die uns zugegangene Nachricht. Die von uns angestellten Ermittlungen ergaben die Bestätigung der gemeldeten Verhaftung von drei Polizeibeamten. Die Verhaftungen erfolgten am Freitagabend und Samstag früh 5 Uhr. Nachdem seitens eines Polizeibeamten ein volles Geständnis war abgelegt worden, setzte man die Beamten wieder in Freiheit. Die hier erhobenen Beschuldigungen sind so ungeheuerlicher Art, daß eine amtliche Aufklärung erfolgen muß.

**Frankfurt a. M., 17. Jan.** Die Regierung hat die Eisenbahndirektion Frankfurt a. M. beauftragt, die Eisenbahnhauptwerkstätte Nied, die größte, modernste und bestausgestattete Lokomotivwerkstätte des Bezirks zu schließen. Die Schließung ist heute Nachmittag erfolgt. Sämtlichen Arbeitern ist das Dienstverhältnis zum 2. Februar unter Lohnzahlung bis zu diesem Tage gekündigt und auf ihre Dienste von heute an verzichtet worden.

Zur Begründung dieses Schrittes führt das offiziöse W.T. an, daß in Nied, trotz mehrfacher Lohnzuschläge die Arbeit immer mehr zurückgegangen sei. Gewisse radikale Elemente hätten die Oberhand dort gewonnen, die sich gegen jede Arbeit ausgesprochen hätten.

**Gegen den Lederwucher** hat der Landkreis Hanau praktische Maßnahmen ergriffen. Es wird darüber aus Hanau berichtet: Die ungeheure Preissteigerung auf dem Gebiete des Ledermarktes hat den Kreisaußschuß des Landkreises Hanau zu dem Versuch geführt, für die Belieferung der Bevölkerung mit billigem Schuhwerk Sorge zu tragen. Zu diesem Zwecke wird die Kreisverwaltung die aus den Viehschlachtungen anfallenden Häute nicht verkaufen, sondern in eigenen Besitz behalten, sie auf Kreislosten gerben lassen und sie schließlich als Sohlenleder verarbeitet der Bevölkerung zu annehmbaren Preisen zur Verfügung stellen. Der Kreisrat beschloß für diesen Zweck als umlaufendes Betriebskapital 750 000 M. zur Verfügung zu stellen.

**Xingen, 19. Jan.** Der Wasserstand des Rheines geht allenthalben langsam zurück. Der hiesige Pegel zeigte heute früh einen Stand von 5.48 Meter und gegen abend einen solchen, von 5.20 Meter an, so daß das Wasser von Samstag bis heute um 75 cm. zurückgegangen ist. Rheinfel und obere Vorstadt sind wieder gänzlich von Wasser frei, ein Teil der Anlagen des Bahnhofs ist noch überschwemmt. Der Bahnhof wurde jedoch heute früh wieder aufgenommen. Auch die Nahe geht weiter zurück. Das Wasser, das gestern noch den Schuttdamm bespülte ist bereits soweit wieder zurückgegangen, daß man das Nahetal wieder passieren kann.

**Kreuznach, 17. Jan.** In einer der letzten Nächte wurde auf dem hiesigen Bahnhof eine Gold- und Silber-Schieber-Gesellschaft festgenommen. Die Schieber hatten 6 Zentner Gold- und Silber-Barren bei sich, das der Reichsbank übergeben wurde.

**Von der Mosel, 17. Jan.** Die Mosel, die am Mittwoch abend ihren Höchststand mit 7.74 Meter erreicht hatte, geht andauernd zurück. Von allen Seiten kommen Schreckensnachrichten über die angerichteten Schäden durch das Hochwasser. In Trier hat die Mosel schrecklich gewütet. Die Schifflandsbrücke in Trier, die schon manches Hochwasser ausgehalten hat, ist durch den starken Wasserdruck entzweigebrochen. Ein großer Teil der Umfassungsmauern des Mutterhausgartens ist eingestürzt. Weiter drang das Wasser in den westlichen Teil des Friedhofes ein und überflutete ihn gänzlich. Man hörte das Rauschen des Wassers und hörte wie die Grabdenkmäler umstürzten und zerbrachen. Es wurden ungefähr 300—400 Gräber stark beschädigt. Die Erde hat sich gesenkt und die Gräber sind teils eingestürzt teils stehen sie schief. Der Schaden auf dem Friedhof allein wird auf 30—50 000 Mark geschätzt. In den überschwemmten Moselortschaften sind viele Häuser eingestürzt. Im Rarthaus stieg das Wasser so schnell, daß man kaum das Vieh retten konnte. In Schwiech und in anderen Orten moselabwärts mußte man Familien aus den ersten Stockwerken retten.

**Von der Mosel, 19. Jan.** In Wehlen stürzte infolge des Hochwassers die Brücke ein, die den Ort mit der rechten Moselseite und dem Bahnhof verband. Die Mosel hatte zur Zeit des Unglücks ihren höchsten Stand erreicht. Die ganze Wasserüberspannung der Brücke stürzte mit gewaltigem Getöse zusammen und verschwand in den Fluten. Die Brücke, die im Jahre 1914 fertig geworden war, hatte eine Länge von 200 Meter und kostete damals 800 000 M. Der Schaden für den Ort Wehlen ist ein sehr großer, zumal jetzt die Kosten das zehnfache betragen.

**FB Die große Aufregung,** welche die Rheinüberschwemmungen unter den Bevölkerungen des Landes hervorriefen, fand, wie zu erwarten war, einen anhaltenden Widerhall in der Tagespresse und in allen illustrierten Zeitungen des In- und Auslandes. Der „Rhein im Bild“ war in der Lage, zahlreiche und interessante Aufnahmen der heimgesuchten Ortschaften und Städte zu veröffentlichen; von denen eine Anzahl in auswärtigen Zeitschriften wiedergegeben wurden. Die Nr. 36 dieser Woche bietet nochmals den Lesern eine Sammlung ähnlicher Photographien, welche

ebenso interessante wie kostbare Dokumente für die Zukunft bilden werden. Dieselbe Nummer bringt außerdem einen sehr lesenswerten Bericht über die recht seltsame und seltene Zeremonie, welche vor kurzem im Speyerischen Dom in Gegenwart zweier Bischöfe stattfand: die erste Kommunion und Firmung madagassischer Soldaten, eine Begebenheit, welche nicht verfehlt wird, die katholische Welt lebhaft zu interessieren; ferner einen Artikel über das Saargebiet unter französischer Besetzung und die üblichen Berichte über Theater, Musik und Literatur.

## Von Nah und Fern.

**Des Hochwassers Fall.** Im Hochwasser des Rheins ist seit Freitag Stillstand eingetreten. Vom Oberrhein wird ein leichtes Fallen des Wassers gemeldet. In Köln hatte das Hochwasser des Rheins mit 9.56 Meter den höchsten Stand des Jahres 1882 erreicht. Auch die Elbe hat ihren Höchststand erreicht. Man erwartet jetzt ein Zurückgehen der Flut. Die Moselbrücke bei Wehlen ist unter dem Druck des Hochwassers eingestürzt und verschwunden.

**Unsicherheit auf dem Lande.** In Wiefenfeld der Familie des Landmanns Siem in Hollingsfeldt in Schleswig drangen Diebe in das Wohnhaus ein, schleppten den Geldschrank ins Freie und zertrümmerten ihn dort durch Aufheben. Sie raubten 10 000 Mark in bar. Gelder sind sie entkommen. — Andere Einbrecher stahlen dem Landmann Gustav Nieden in Hummels Lebensmittel und 12 000 Mark Kriegsanleihe. Die 77-jährige Mutter des Bestohlenen erwachte und rief um Hilfe, wurde aber durch einen Schlag auf dem Kopf betäubungslos hingestreckt. Die Greisin ist schwer verletzt. Auch hier entliefen die Diebe mit ihrer Beute unerkannt.

**Explosion in einem Berliner Großbetrieb.** In dem Hallenbau der Badiererei und Spulenwickerei der Bergmann-Elektrizitätswerke A.-G. ereignete sich eine Explosion, bei der fünfzehn Personen verletzt wurden. Gleichzeitig rief die Explosion ein großes Schandfeuer hervor. In dem Gebäude waren einige Arbeiter mit dem Abfällen und Transportieren von Öl für Transformatoren beschäftigt. Hierbei soll nun in das etwas warme Öl ein elektrischer Funke aus einem Motor gesprungen sein, und das Öl zur Entzündung gebracht haben. Sofort schlug eine große Feuerkugel bis zum Dachgerüst empor. Durch die heftige Spulentwicklung fing auch ein Tank mit Öl Feuer und explodierte unter starker Detonation. Die Flammen fanden reiche Nahrung an den Lagervorräten in dem Schuppen, Guttapercha, Hanf und Bläsezeug. Hundert Arbeiter und Arbeiterinnen, die zur Zeit der Explosion in dem Werke tätig waren, konnten sich noch rechtzeitig retten. Trotz dem erlitten 15 Personen Brandwunden. Bei den Aufräumarbeiten wurde nachträglich eine verkohlte Leiche aufgefunden, deren Identität noch nicht festgestellt werden konnte.

**Die Mutter als Mörderin.** Der geheimnisvolle Tod der beiden Kinder des Oberwachmeisters Hecklau in Berlin, die als Leichen in einer Tonne aufgefunden wurden, hat eine furchtbare Aufklärung gefunden. Die Mutter hat nach vielem hartnäckigen Weigern gestanden, ihre Kinder nach einer Züchtigung „zur Strafe“ in die Tonne gesteckt zu haben, wo sie dann aus Mangel an Luftaufuhr erstickt sind. Wie die annäherliche Mutter weiter gestand, ist sie über das Begleiten ihrer Kinder an ihrem Geburtstag derart präzise gewesen, daß sie dieselben, als sie zurückkamen, zur Strafe in eine der beiden Tonnen gesteckt und den Deckel mit einem Stein fest zugeschlagen habe. Sie habe dies zur Strafe für die Kinder für deren Begleiten getan. Die Absicht, die Kinder zu töten, habe sie nicht gehabt. Als die Kinder sich noch in der Tonne befanden, hätten sie zuerst geschrien, jedoch seien sie bald ruhig geworden, da sie wohl gedacht hätten, daß sie bald wieder herausgelassen würden. Darüber, warum sie die Kinder später nicht aus der Tonne herausgelassen hat, wußte sie nichts anzugeben. Ihr Mann habe von der ganzen Sache nichts gewußt. Ob das zutrifft, müssen die weiteren Vernehmungen ergeben.

**Explosion in Südrussland.** In Algies-Bains ist die pyrotechnische Fabrik in die Luft geflogen. Die Explosionen dauern noch an. In weitem Umkreise wurden die Fenster Scheiben zertrümmert. Auch Dächer wurden durch die Gewalt der Explosion abgerissen. Bis jetzt wurden achtzig Tote und Verwundete gezählt.

### Kleine Nachrichten.

**Eine Belegschaftsversammlung** der Zeche Bergmanns, glücklicherweise hat beschlossen, keine unorganisierten Arbeiter mehr in der Belegschaft zu dulden.

**Nachdem die Arbeiter der Zeche Wehlem bei Hamborn** erneut in den Streik getreten sind, hat die Leitung der Zeche die vollkommene Stilllegung beschlossen. Die Arbeiter werden sämtlich entlassen.

**Verschiedene bayerische Papierfabriken** wurden wegen der durch die Verkehrshetze hervorgerufenen Kohlennot stillgelegt. Auch andere sind ohne Vorräte. Deshalb stehen die Mägen und zahlreiche Provinzialblätter unmittelbar vor der Stilllegung.

## Gerichtssaal.

**F. Graf Arco-Valley zum Tode verurteilt.** Graf Arco-Valley wurde wegen Ermordung des bayerischen Ministerpräsidenten Eisner zum Tode verurteilt, ohne Abkennung der bürgerlichen Ehrenrechte. Nach Verurteilung der Urteilsgründe erbat sich Graf Arco das Wort. Er führte aus, daß er die Konsequenzen ziehen werde. Er habe erfahren, daß drei Kameraden beabsichtigen, ihn zu befreien. Er würde es als eine Dummheit ansehen und bitte, davon Abstand zu nehmen. Sie sollten mitheilen am Wegeraufbau des Vaterlandes, wodurch sie diesem und ihm selbst den größten Dienst leisten würden. Nach diesen Worten erhob sich in dem dichtgedrängten Zuschauerraum ein Beifallsturm. Der Vorsitzende nahm keine Berührung an, die Kundgebung zu rufen.

Der bayerische Ministerpräsident, dem der Präsident Hoffmann nicht befohlen, begnadigte den Grafen Arco zu lebenslänglichem Arrest.

## Bekanntmachung.

Mittwoch, den 21. und Donnerstag, den 22. ds. Mts., kommt im Wirtschaftsamt

### Margarine

in nachstehender Reihenfolge zum Verkauft.

| Am Mittwoch: |                               |
|--------------|-------------------------------|
| Für Nr. 1-90 | der Fettart von 8-9 Uhr vorm. |
| " " 91-180   | " " 9-10 " "                  |
| " " 181-250  | " " 10-11 " "                 |
| " " 251-345  | " " 11-12 " "                 |
| " " 346-440  | " " 2-3 " nachm.              |
| " " 441-535  | " " 3-4 " "                   |
| " " 536-630  | " " 4-5 " "                   |

### Am Donnerstag:

|                 |                               |
|-----------------|-------------------------------|
| Für Nr. 631-725 | der Fettart von 8-9 Uhr vorm. |
| " " 726-820     | " " 9-10 " "                  |
| " " 821-915     | " " 10-11 " "                 |
| " " 916-1034    | " " 11-12 " "                 |

Die Reihenfolge ist genau einzuhalten. Auf die Person entfallen 250 Gramm zum Preise von 3,50 Mk. und wird Feld 16 der Fettart entwertet.

Es wird dringend gebeten Kleingeld und Einwickelpapier mitzubringen.

Geisenheim, den 20. Januar 1920.

Der Magistrat.

## Bekanntmachung.

Es wird hierdurch bekannt gegeben, daß bei Händler Adam Bollmer eine Partie

### Gier-Briffetts

per Zentner 12,25 Mk. vorrätig sind. Interessenten wollen sich Bezugscheine auf hiesigem Wirtschaftsamt abholen.

Geisenheim, den 19. Januar 1920.

Der Magistrat.

## Bekanntmachung.

### Betr. Pferdemonsterung.

In Ausführung der Bestimmungen des Friedensvertrages betr. die Ablieferung von Pferden wird auf Grund der Bekanntmachung des Reichswirtschaftsministers über die Anforderung von Tieren zur Erfüllung des Friedensvertrages vom 2. Dezember 1919 hiermit die Vorführung aller im Jahre 1917 und früher geborenen Sengste und der im Jahre 1918 und früher geborenen Stuten angeordnet. Zur Vorführung sind die Besitzer der Tiere verpflichtet.

Die Pferdebesitzer von Geisenheim werden aufgefordert, die oben bezeichneten Pferde am Mittwoch, den 21. ds. Mts., vorm. 11 1/2 Uhr auf dem Marktplatz vorzuführen.

Die Vorführung muß unter allen Umständen zu obengenanntem Termin pünktlich erfolgen, andernfalls die Pferdebesitzer eine Bestrafung nach oben genannter Anordnung zu erwarten haben. Auf die in den amtlichen Blättern veröffentlichte Bekanntmachung des Reichswirtschaftsministers vom 2. Dezember 1919 wird noch besonders hingewiesen. Zur Vermeidung von Irrtümern wird noch darauf aufmerksam gemacht, daß die Vorführung sämtlicher Pferde (Sengste und Stuten) ohne Rücksicht auf die Klasse derselben erfolgen muß.

Geisenheim, den 17. Januar 1920.

Reichswirtschaftsamt des Rheingaukreises.  
gez. Trimborn.

Wird veröffentlicht.

Geisenheim, den 19. Januar 1920.

Der Magistrat.

## Bekanntmachung.

Am Montag, den 26. Januar 1920, vorm. 11 Uhr, findet im Rathhause die Vergebung der Anfuhr von 200 cbm. Bruchschutt und Kesselflächen für Ausbesserung verschiedener Feldwege statt.

Auskunft über Ab- und Anfuhrplätze wird bis zum Vergabungstage im Zimmer Nr. 1., Erdgeschoß des Rathhauses, erteilt.

Geisenheim, den 20. Januar 1920.

Der Magistrat.

## Bekanntmachung.

Die Kesselfläche ist vom 20. ds. Mts. ab für den durchgehenden schweren Fuhrwerksverkehr polizeilich gesperrt.

Die Sperrung erfolgt auf Grund des § 32 der Wegepolizeiverordnung vom 7. November 1899.

Zu widerhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu Mk. 60 oder entsprechender Haft bestraft.

Geisenheim, den 17. Januar 1920.

Die Polizeiverwaltung.

**Imprägn. Weinbergspfähle  
Stickeln, Bretter u. Latten**  
sind jetzt eingetroffen.

**G. Dillmann, vorm. G. Dillmann**  
Kirchstraße 18. Telefon 198.

## Danksagung.

Für die vielen Beweise herzl. Teilnahme und für die überaus zahlreichen Kranzspenden anlässlich des schweren Verlustes unserer lieben guten Mutter, Schwiegermutter, Grossmutter und Tante

### Frau Maria Lauzi

geb. Waas

sagen wir allen Verwandten und Bekannten sowie allen denjenigen die ihr die letzte Ehre erwiesen, auf diesem Wege unseren innigsten Dank.

Geisenheim, den 19. Januar 1920.

Die trauernden Hinterbliebenen.

## Gewerbe-Verein.

Am Montag, den 26. Januar 1920, abends 7 1/2 Uhr, findet im Gasthaus Scholl eine

### Voll-Versammlung

statt, wozu alle Mitglieder und alle Handwerker, besonders die, die dem Verein noch beitreten wollen freundlichst eingeladen werden.

#### Tagesordnung:

1. Neuwahl des Vorstandes.
2. Vortrag des Herrn Bankdirektors Hertin über: „Der Geldverkehr des Handwerkers“.

Wegen der frühen Feierabendstunde bitten wir um rechtzeitiges Erscheinen.

Der Schriftführer:  
Rilb.

Der II. Vorsitzende:  
J. Edel.

## Bekanntmachung.

Durch den neuerlichen Eintritt des Hochwassers und durch den Bahnangestelltenstreik im Ruhrbezirk ist die Kohlenversorgung des Rheingau-Elektrizitätswerkes unmöglich gemacht worden.

Die Aufrechterhaltung der wichtigen Betriebe fordern gebieterisch Maßnahmen zur Streckung der geringen Kohlenvorräte. Deshalb müssen folgende Beschränkungsbestimmungen erlassen und unbedingt eingehalten werden:

1. Jeder Privatlichtverbraucher darf äußerst gleichzeitig höchstens 2 Glühlampen benutzen.
2. Die Benutzung von Elektrizität zum Heizen, Bügeln und Schweißen ist ausnahmslos untersagt.
3. Die Benutzung von Elektromotoren, ganz gleich zu welchem Zweck diese verwendet werden, wird in der Zeit von 7 Uhr morgens bis 10 Uhr abends untersagt.

Ausgenommen von diesem Verbot sind lediglich diejenigen Motoren, welche für die nachstehenden, namentlich aufgeführten Betriebe benutzt werden:

1. Wasserwerke, 2. Mergereien, 3. Entwässerungsanlagen zur Abwendung der Folgen von Hochwasser, 4. Staatsbahn, Post- und Telegraphenverwaltung, Besatzungsarmee, Kohlenverteilung.

Alle übrigen Betriebe, welche zur Lebensmittelversorgung oder anderen wichtigen, öffentlichen Interessen dienen, dürfen ihre Motore erst dann benutzen, wenn sie auf telefonische Anfrage hin die Erlaubnis hierzu erhalten haben.

Es wird von der Einsicht der Bevölkerung erwartet, daß die vorstehenden Vorschriften auch gewissenhaft beachtet werden.

Diejenigen Stromversorgungsbezirke, in denen eine gewissenhafte Beachtung nicht stattfindet, müssen abgeschaltet werden. Etwa eintretende Benachteiligung gewöhnlicher Stromabnehmer ist dann leider nicht zu vermeiden.

Die vorstehende Bekanntmachung tritt am Montag, den 19. Januar 1920 bis auf weiteres in Kraft. Je nach der Lage der Kohlenversorgung wird sie später an der gleichen Stelle wieder aufgehoben bzw. abgeändert werden. Sie gilt für den ganzen Stromversorgungsbezirk der Rheingau-Elektrizitätswerke A.-G., Eltville a. Rh.

Im Auftrage des Reichskohlenkommissars  
für die Kohlenverteilung.

Der Vertrauensmann: gez. Seebacher.

**Gebrauchte, ganze  
Gekftflaschen  
Weinflaschen**

kauft laufend

**Franz Graf jr.**  
Geisenheim.

**Gebrauchter Personen-  
Kraftwagen**

(8 bis 10 Steuerpferdig) zu  
kaufen gesucht. Schriftliche  
Offert. unt. 126 an die Ge-  
schäftsstelle.

**Prima  
Kerzen**

empfiehlt

**Anton Warzelhan**  
Landstraße 39.

**Steingut-Futternäpfe  
für Kaninchen  
und autom. Geflügeltränken**  
Pel. Jos. Klein, Geisenheim  
Steinheimerstr. 5.

## Existenz!

(Auch Nebenberuflich). Das  
Alleinfabrikationsrecht des  
Schornsteineinfaches „Sim-  
plex“ für den Rheingaukreis  
ist käuflich zu vergeben. Er-  
forderlich 1000 Mk.  
Näheres Marktstr. 13.

## Ein Herd

Größe 74x52 cm zu ver-  
kaufen.

Zu erfragen in der Ge-  
schäftsstelle.

## Apfel.

verschiedene Sorten und  
jedes Quantum hat billig  
abzugeben.

**E. Dillmann**

vorm. Gregor Dillmann  
Kirchstr. 18. Telef. 198.

**Wissen Sie das Alter  
Ihrer Hühner?**

**Spiral-Geflügel-  
Fussringe**

in verschiedenen Farben  
empfiehlt

**P. Jos. Klein Geisenheim**  
Steinheimerstr. 5.

**Französ. Cognac**

ganze und halbe Flaschen  
wieder eingetroffen.

**Gesjm. Gietz**

Bindenpl. 2. Telef. 208.

Hotel Restaurant, Cafe  
**Hotel zur Linde**  
Telefon Nr. 205.

**Turnerschaft  
Geisenheim  
von 1858.**

Heute Abend:

### Turnstunde

der aktiven Turner und  
Böglinge. Vollzähliges Er-  
scheinen dringend erwünscht.  
Der Turnauschuß.

**Gesangverein  
Lieder-  
kranz.**

Dienstag Abend 7 Uhr:

### Gesangstunde.

Der Dirigent.

**„Cäcilia“  
Geisenheim.**

Vereinssitzung Andr. Wer  
Mittwoch Abend 7 Uhr:

### Gesangstunde.

Der Dirigent.

**Zentrums-Verein  
Geisenheim a. Rh.**

Der 21er Ausschuß und  
die Vertrauensleute werden  
zu einer

### Besprechung

auf Donnerstag Abend  
7 1/2 Uhr im Rüstlerhause  
eingeladen.

Der Vorstand.

Eine ältere Person sucht  
Stellung, am liebsten als

**Haushälterin**

Anfragen an die Geschäftsst.

Wer ist bereit, einen Gleden  
der Gärtnerlehranstalt in  
Geisenheim

### Wohnung

und eventl. auch volle Pen-  
sion ab 15. 3. 1920 zu ge-  
währen? Gelegenheit zum  
Klavierspielen erwünscht, je-  
doch nicht Bedingung. Ge-  
fällige Angebote mit Preis-  
angabe erbittet Gärtnerlei-  
besitzer **Hugo Escher,**  
**Sonneberg in Thüringen.**

**Erdal**  
**Schuhputz**



Der Kenner  
spricht,  
wie angenehm  
putzt sich der Schuh  
mit Erdalcreme.

schwarz / gelb / braun / rotbraun  
Alleinhersteller: **Werner & Mertz, Mainz**